



Eine Schritt-für-Schritt-Anleitung zum Abbau der Demokratie (einschließlich Wahlen)

Staatsstriche sind überholt. Im 21. Jahrhundert wird die Demokratie häufiger durch Regierungen geschwächt, die Wahlen gewinnen und dann dafür sorgen, dass sie diese nie wieder verlieren.

Alper Ünal Sahin

Sa. 28 Mär 2026

Einleitung

Demokratien brechen heutzutage selten über Nacht zusammen. Sie werden ausgehöhlt. Wahlen finden weiterhin statt, Verfassungen bleiben in Kraft, und die Machthaber betonen, dass nichts Ungewöhnliches vor sich geht. Unterdessen

werden die Regeln angepasst, Institutionen umgestaltet und der politische Wettbewerb Schritt für Schritt ungleicher. Wenn das System schließlich anders aussieht, hat es sich meist schon seit Jahren verändert.

Prozessorientierte Theorien zum Abbau der Demokratie wurden entwickelt, um diese Art des langsamen Wandels zu erklären. Anstelle von Staatsstreichern oder Revolutionen **beschreiben diese Theorien** eine Abfolge, in der die Amtsinhaber demokratische Normen schwächen, Schlüsselinstitutionen unter ihre Kontrolle bringen, die Opposition einschränken und Krisen nutzen, um die Exekutivgewalt auszuweiten. Das Ergebnis ist nicht immer eine Diktatur, sondern oft ein hybrides Regime, in dem zwar Wahlen stattfinden, diese jedoch keinen echten Machtwechsel garantieren.

Die Türkei unter der Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) bietet eines der aufschlussreichsten **Beispiele** für diesen Prozess. Seit 2002 vollzog die Partei einen Wandel von reformistischer Rhetorik und Annäherung an die Europäische Union hin zu zunehmender Polarisierung, institutioneller Umstrukturierung und schließlich zu einem stark zentralisierten Präsidialsystem. All dies geschah nicht von einem Moment auf den anderen, und fast alles erfolgte durch Gesetzesänderungen und nicht durch offene Repression.

Polen unter der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) schlug nach 2015 einen ähnlichen Weg ein, doch das Ergebnis war ein anderes. Die demokratischen **Institutionen wurden geschwächt**, brachen jedoch nicht zusammen, und die Regierung verlor schließlich durch Wahlen die Macht. Dieser Kontrast wirft eine wichtige Frage auf: Wenn der Verlauf des Rückschritts ähnlich aussah, warum endete der eine Fall in einem kompetitiven Autoritarismus, der andere hingegen nicht?

In diesem Beitrag wird dargelegt, dass die prozessorientierte Theorie zwar nach wie vor von großem Nutzen, aber unvollständig ist. Sie erklärt zwar die Mechanismen der demokratischen Erosion, unterschätzt jedoch häufig die Bedeutung von internationalem Druck, politischen Krisen und der Stärke der Opposition. Die Türkei zeigt, wie dieser Prozess bis zum Ende durchlaufen werden kann. Polen zeigt, wie er unterbrochen werden kann.

Prozessorientierte Theorie des demokratischen Rückschritts

Ältere Theorien zum Regimewechsel gingen davon aus, dass Demokratien plötzlich zusammenbrechen würden. Wissenschaftler, die sich mit dem späten 20. Jahrhundert befassten, konzentrierten sich auf Staatsstriche, Revolutionen und Wirtschaftskrisen als Hauptursachen für den Zusammenbruch. Es wurde angenommen, dass die Demokratie mit einem deutlichen Bruch zusammenbrechen würde, anstatt allmählich zu schwinden, während weiterhin Wahlen stattfanden.

Die Zeit nach dem Kalten Krieg brachte ein anderes Muster hervor. In Ländern wie Ungarn, Venezuela, der Türkei und Polen **schwächten** gewählte Regierungen demokratische Institutionen, ohne sie abzuschaffen. Gerichte wurden besetzt statt geschlossen, Verfassungen wurden geändert statt außer Kraft gesetzt, und Oppositionsparteien wurden schikaniert statt verboten. Das System sah immer noch demokratisch aus, aber das Gleichgewicht in seinem Inneren verschob sich ständig.

Prozessorientierte Theorien **beschreiben** diesen Wandel als einen Ablauf. Die Aushöhlung der Demokratie beginnt in der Regel mit der Schwächung informeller Normen wie gegenseitiger Toleranz und institutioneller Zurückhaltung. Wenn politische Gegner eher als Feinde denn als Rivalen behandelt werden und wenn Führungskräfte jede verfügbare Gesetzeslücke ausnutzen, nur weil sie es können, beginnen die ungeschriebenen Regeln, die die Demokratie schützen, zu verschwinden.

Der nächste Schritt ist die Vereinnahmung der Institutionen. Regierungen versuchen, Gerichte, Verwaltung und Medien zu kontrollieren, oft im Namen von Reformen oder Effizienz. Diese Veränderungen wirken zunächst selten revolutionär, doch mit der Zeit schränken sie die Unabhängigkeit der Institutionen ein, die die Exekutivgewalt eigentlich begrenzen sollten.

Es folgt Wahlmanipulation. Die Wahlen finden zwar weiterhin statt, doch durch Medienvoreingenommenheit, rechtlichen Druck und ungleichen Zugang zu Ressourcen werden die Wettbewerbsbedingungen ungleich. Oft folgen darauf Einschränkungen der Zivilgesellschaft, da Nichtregierungsorganisationen, Universitäten und Protestbewegungen zunehmender Regulierung und Kontrolle ausgesetzt sind.

Krisen können den gesamten Prozess beschleunigen. Sicherheitsbedrohungen, Proteste oder Putschversuche ermöglichen es Regierungen, Notstandsbefugnisse einzuführen, die unter normalen Umständen auf Widerstand stoßen würden. Was

unter normalen Bedingungen Jahre dauern könnte, kann in einer Krise innerhalb von Monaten geschehen.

Das Endergebnis ist das, was Levitsky und Way als **kompetitiven Autoritarismus** bezeichnen: ein System, in dem demokratische Institutionen formal existieren, die Amtsinhaber jedoch einen solchen Vorteil haben, dass ein echter Machtwechsel unwahrscheinlich wird.

Die Stärke dieses Ansatzes liegt darin, dass er erklärt, wie Demokratien ohne dramatische Brüche untergraben werden. Seine Schwäche besteht darin, dass er manchmal davon ausgeht, dass sich dieser Prozess überall auf dieselbe Weise vollzieht, wodurch Faktoren wie internationaler Druck, der Zeitpunkt von Krisen und die Geschlossenheit der Opposition weniger Raum erhalten.

Türkei: Schrittweiser Rückschritt in der Praxis

Erosion der Normen

Als die AKP 2002 an die Macht kam, präsentierte sie sich als **reformistisch**, pro-europäisch und dem demokratischen Wandel verpflichtet. Frühe Reformen reduzierten den Einfluss des Militärs, erweiterten einige Bürgerrechte und verbesserten die Beziehungen zur Europäischen Union. Eine Zeit lang sah die Türkei wie ein Land aus, das sich auf dem Weg zur demokratischen Konsolidierung befand.

Der Ton begann sich zu wandeln, nachdem die Partei wiederholt Wahlsiege errungen hatte. Politische Gegner wurden zunehmend als **Feinde** der Nation dargestellt, Journalisten als Agenten ausländischer Interessen und zivilgesellschaftliche Gruppen als verdächtige Akteure. Sobald diese Sprache zur Normalität geworden war, konnten außergewöhnliche Maßnahmen als notwendig für das Überleben der Nation und nicht als Mittel zum politischen Vorteil gerechtfertigt werden.

Mit zunehmender Polarisierung schwächten sich informelle demokratische Normen ab. Staatliche Institutionen begannen, offener parteiisch zu agieren, und die Medienbesitzverhältnisse verlagerten sich allmählich hin zu regierungsnahen Gruppen. Keine dieser Veränderungen zerstörte für sich genommen die Demokratie, doch zusammen veränderten sie das politische Umfeld, in dem die Demokratie funktionierte.

Mediendruck und Eindämmung der Zivilgesellschaft

Nachdem sich die Polarisierung normalisiert hatte, gewann die Kontrolle über Informationen an Bedeutung. Unabhängige Medien sahen sich mit Steuerstrafen, regulatorischem Druck und Eigentümerwechseln konfrontiert, die eine wohlwollendere Berichterstattung begünstigten. Fernsehkonzessionen wurden entzogen, Zeitungen mussten mit Geldstrafen rechnen, und staatliche Werbeaufträge belohnten regierungsfreundliche Medien.

Soziale Medien erwiesen sich als schwerer zu kontrollieren, doch Gerichtsverfahren wegen Beleidigung von Amtsträgern und organisierte Online-Belästigung sorgten für ständigen Druck. Das Ziel war keine totale Zensur, sondern ein Klima, in dem Kritik mit Risiken verbunden war.

Die Gezi-Park-Proteste im Jahr 2013 zeigten sowohl die Grenzen als auch die Wirksamkeit dieser Strategie. Die Demonstrationen waren groß und unerwartet, doch die Regierung setzte neben Polizeikräften auch auf die Kontrolle der öffentlichen Darstellung und stellte die Proteste als Werk von Extremisten und vom Ausland unterstützten Gruppen dar. Nach Gezi sahen sich zivilgesellschaftliche Organisationen mit zunehmenden rechtlichen und administrativen Hindernissen konfrontiert, was groß angelegte Mobilisierungen erschwerte.

Beeinflussung der Justiz

Das Verfassungsreferendum von 2010 markierte einen Wendepunkt. Als demokratische Reform präsentiert, veränderte es die Struktur des Verfassungsgerichts und des Hohen Rates der Richter und Staatsanwälte und ermöglichte der Regierung einen größeren Einfluss auf Ernennungen. Sobald das neue System in Kraft war, begann sich das Gleichgewicht innerhalb der Justiz zu verschieben.

Gerichtsverfahren gegen Kritiker wurden zügig vorangetrieben, während Anfechtungen von Regierungsmaßnahmen nur langsam oder gar nicht vorankamen. Gerichtsverfahren gegen Militärangehörige, Journalisten und Oppositionspolitiker zeigten, wie mächtig die Gerichte sein konnten, wenn sie in eine bestimmte Richtung arbeiteten. Als das Bündnis zwischen der Regierung und der Gülen-Bewegung zerbrach, wurden dieselben juristischen Instrumente erneut eingesetzt, diesmal gegen ehemalige Verbündete.

Mitte des Jahrzehnts war die Justiz kein verlässliches Kontrollorgan der Exekutive mehr.

Ausnutzung der Krise

Der gescheiterte Putschversuch im Jahr 2016 verschaffte der Regierung einen Moment, auf den jede rückfällige Exekutive hofft: eine Krise, die groß genug war, um fast alles zu rechtfertigen. Unter dem Ausnahmezustand wurden Zehntausende Beamte entlassen, Medien geschlossen und die Herrschaft per Dekret zur Normalität.

Maßnahmen, deren Umsetzung sonst Jahre gedauert hätte, wurden innerhalb weniger Monate durchgeführt. Der institutionelle Widerstand war schwach, die Angst in der Bevölkerung groß, und internationale Kritik zeigte nur begrenzte Wirkung. Die Krise löste den Rückschritt nicht aus, beschleunigte ihn jedoch dramatisch.

Wahlverzerrung

Das Verfassungsreferendum von 2017 schuf ein Präsidialsystem mit weitreichenden Befugnissen. Es fanden weiterhin Wahlen statt, doch das System wurde zunehmend unausgewogen. Die Medienberichterstattung begünstigte die Regierung, Gerichtsverfahren gegen Oppositionspolitiker wurden zur Regel, und staatliche Ressourcen wurden offener für Wahlkampagnen eingesetzt.

Siege der Opposition waren zwar weiterhin möglich, aber sie waren schwerer zu erringen und leichter anzufechten. Anfang der 2020er Jahre entsprach die Türkei fast perfekt dem Modell des kompetitiven Autoritarismus: Es gab Wahlen, Oppositionsparteien traten gegeneinander an, aber das System war so verzerrt, dass ein Machtwechsel ungewiss war.

Polen: Ein ähnlicher Weg, der auf halbem Wege zum Stillstand kam

Polen folgte nach 2015 einem Muster, das bekannt vorkam. Die politische Rhetorik wurde konfrontativer, die Justiz wurde zur Hauptschauplatz des Konflikts, und die öffentlich-rechtlichen Medien stellten sich entschieden hinter die Regierung. Aus der Perspektive der prozessorientierten Theorie schienen sich die frühen Phasen des demokratischen Rückschritts in der erwarteten Reihenfolge zu entfalten.

Der Unterschied bestand darin, dass der Ablauf nicht so reibungslos weiterging. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union schuf rechtliche und finanzielle Zwänge, die das Ausmaß institutioneller Veränderungen begrenzten. Gerichtsurteile, Vertragsverletzungsverfahren und die Aussetzung von Finanzmitteln erhöhten die politischen Kosten einer weiteren Konsolidierung.

Gleichzeitig erlebte Polen keine Krise, die mit dem Putschversuch in der Türkei im Jahr 2016 vergleichbar gewesen wäre. Ohne einen solchen Moment war es schwieriger, außerordentliche Befugnisse zu rechtfertigen. Auch die Oppositionsparteien koordinierten sich effektiver und hielten den Wahlwettbewerb trotz ungleicher Wettbewerbsbedingungen aufrecht.

Infolgedessen verlor die Regierung bei den [Wahlen 2023](#) die Macht. Die von der prozessorientierten Theorie beschriebene Abfolge setzte in Polen ein, kam jedoch zum Stillstand, bevor sich ein vollständig wettbewerbsorientiertes autoritäres System herausbilden konnte.

Kritische Bewertung

Der Fall der Türkei zeigt, wie gut prozessorientierte Theorien den Zerfall der Demokratie erklären können. Normen wurden geschwächt, Institutionen unterwandert, Krisen beschleunigten den Wandel, und Wahlen verliefen zunehmend unausgewogen. Der Ablauf passt fast perfekt zum Modell.

Der polnische Fall zeigt die Grenzen der Theorie auf. Ähnliche Strategien führten nicht zum gleichen Ergebnis, da sich der externe Druck, die Krisendynamik und die Stärke der Opposition unterschieden. Internationale Zwänge erhöhten die Kosten der Konsolidierung, das Ausbleiben einer größeren Krise verlangsamte den institutionellen Wandel, und eine koordinierte Opposition hielt den Wettbewerb am Leben.

Diese Faktoren deuten darauf hin, dass demokratischer Rückschritt nicht automatisch erfolgt. Die von der Theorie beschriebene Abfolge existiert zwar, doch ob sie das Endstadium erreicht, hängt ebenso sehr vom Kontext wie von der Strategie ab.

Fazit

Moderne Demokratien brechen selten in einem einzigen Moment zusammen. Sie verändern sich schrittweise durch Rechtsreformen, institutionelle Konflikte und politische Krisen, die das Kräfteverhältnis nach und nach verschieben. Prozessorientierte Theorien erfassen dieses Muster besser als ältere Modelle, die von plötzlichen Zusammenbrüchen ausgingen.

Die Türkei zeigt, wie dieser Prozess bis zum Ende durchlaufen werden kann. Polen zeigt, wie er auf halbem Weg zum Stillstand kommen kann. Der Unterschied liegt nicht nur in den Handlungen der Regierungen, sondern auch in den Grenzen, denen sie durch Institutionen, die Opposition und das internationale Umfeld gesetzt sind.

Demokratie wird selten mit einem Schlag zerstört. Häufiger wird sie Stück für Stück, offen und unter Berufung auf rechtliche Rechtfertigungen, auseinandergenommen. Ob der Prozess in autoritärer Stabilität oder einer Wahlniederlage endet, hängt davon ab, wie viele Einschränkungen zu Beginn des Prozesses bestehen.

ARTIKEL TAGS:

Analyse Polen Türkei AKP